PROTOKOLL

über die 5. Sitzung des Rates der Stadt Melle am Dienstag, den 20.06.2017, Forum am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle

Sitzungsnummer: Rat/005/2017

Öffentliche Sitzung: 17:10 Uhr bis 19:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Malte Stakowski

stellv. Vorsitzender

Gerhard Boßmann

Mitglied CDU-Fraktion

Werner Altemöller

Mirco Bredenförder

Karl-Heinz Gerling

Bernd Gieshoidt

Heiko Christian Grube

Gerda Hövel

Harald Kruse

Jan Lütkemeyer

Dieter Niermann

Günter Oberschmidt

Bürgermeister Reinhard Scholz

Thomas Schulke

Christian Terbeck

Christina Tiemann

Ingo Weinert

Herla Wendelin-Feindt

Michael Weßler

Mitglied SPD-Fraktion

Horst Ballmeyer

Jutta Dettmann

Wilhelm Hunting

Karin Kattner-Tschorn

Annegret Mielke

Uwe Plaß

Bernhard Schürmann

Axel Uffmann

Luc Van de Walle

Erich Walkenhorst

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Ursula Buermeyer

Silke Meier

Alfred Reehuis

George Trenkler

Reinhardt Wüstehube

Mitglied UWG-Fraktion

Peter Spiekermann Ursula Thöle-Ehlhardt

Mitglied FDP-Fraktion

Johannes Marahrens Heinrich Thöle

Mitglied DIE LINKE

Herbert Linnemann-Grundmann

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Andreas Dreier
Stadtrat Dirk Hensiek
Stadtbaurat Malte Schönfeld
Gleichstellungsbeauftragte Marita Feller
StOAR Klaus Leimbrock
StOAR Rainer Mallon
StOAR Uwe Strakeljahn

StOAR Andreas Sturm

StAR Marco Schiller-Brinker

StAR Sandra Wiesemann

Dipl.-Ing. Thomas Große-Johannböcke

M.Sc. Guido Kunze StA Heike Wiesemann

StOI Melanie Feind

Mediensprecher Jürgen Krämer

Verwaltungswirt Nils Oberschelp

<u>ProtokollführerIn</u>

StHS Kerstin Lehnig

Zuhörer

Presse Zuhörer

Meller Kreisblatt Herr Franken ca. 15 Personen

Abwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Mathias Otto

Mitglied UWG-Fraktion

Peter Mittelberg

Tagesordnung:

TOP	1	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
ТОР	2	Feststellung der Tagesordnung
TOP		Einwohnerfragestunde (bis ca. 17.30 Uhr)
TOP		Genehmigung des Protokolls vom 29.03.2017
TOP		Bericht der Verwaltung
TOP		Zielsystem und Haushaltseckwerte für das Haushaltsjahr 2018
IUP	O	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·
TOD	7	Vorlage: 2017/0131
TOP	/	Annahme von Zuwendungen
TOD	0	Vorlage: 2017/0139
TOP	O	Bildung eines neuen Ausschusses für Gebäudemanagement
TOD	0	Vorlage: 2017/0168
TOP	9	Festlegung der Ausschussvorsitze
TOD	40	Vorlage: 2017/0170
TOP	10	Benennung von Mitgliedern für den Unterhaltungsverband Nr. 29
		"Else"
TOD	4.4	Vorlage: 2017/0099
TOP	11	Auflösung des Wasser- und Bodenverbandes "Hasebruch" -
		Übernahme der Unterhaltungspflicht der Gewässer III. Ordnung
TOP	10	Vorlage: 2017/0060
IUP	12	Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Bruchmühlen
ТОР	12	Vorlage: 2017/0087
IUP	13	Ernennung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Bruchmühlen
ТОР	11	Vorlage: 2017/0088 Entpflichtung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der
IOF	14	Ortsfeuerwehr Buer
		Vorlage: 2017/0089
TOP	15	Ernennung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der
IOF	13	Ortsfeuerwehr Buer
		Vorlage: 2017/0090
ТОР	16	Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr St. Annen
101	10	Vorlage: 2017/0091
TOP	17	Verleihung einer Ehrenbezeichnung
101	''	Vorlage: 2017/0092
TOP	18	Verleihung einer Ehrenbezeichnung
	10	Vorlage: 2017/0161
TOP	19	Antrag zur Wiedereinführung des historischen MEL Kfz-
		Kennzeichens von der CDU/FDP Gruppe und der SPD-Fraktion
		im Rat der Stadt Melle
		Vorlage: 2017/0172
TOP	20	Schüler in die Kommunalpolitik
		Vorlage: 2017/0121
TOP	21	Feststellung des Jahresabschlusses 2016 für das Wasserwerk
		der Stadt Melle
		Vorlage: 2017/0111
TOP	22	Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

<u>Vorsitzender</u> begrüßt alle Anwesenden. Er gratuliert allen Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung Geburtstag hatten. Danach stellt er angesichts der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit von 38 Ratsmitgliedern und des Bürgermeisters die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die 5. Sitzung des Rates der Stadt Melle in der laufenden Wahlperiode.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

<u>Vorsitzender</u> teilt mit, dass die Tagesordnung um **TOP 19** (Antrag zur Wiedereinführung des historischen MEL Kfz-Kennzeichens von der CDU/FDP Gruppe und der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Melle - Vorlage 2017/0172) erweitert worden sei. Alle Mitglieder des Rates der Stadt Melle sind mit der Erweiterung einverstanden. Anschließend stellt <u>Vorsitzender</u> die Tagesordnung ohne weitere Einwendungen und Ergänzungen fest.

TOP 3 Einwohnerfragestunde (bis ca. 17.30 Uhr)

Herr Günther Plaß bemerkt, dass das Thema "MEL Kfz-Kennzeichen" zum ersten Mal in der Sitzung des Ausschusses für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Verkehr am 04.05.2017 diskutiert worden sei. Damals seien die Meinungen noch sehr konträr gewesen. Man habe jedoch entschieden, dass Thema weiter zu verfolgen. Er betont, dass er den nun vorliegenden Antrag der CDU/FDP Gruppe und der SPD-Fraktion sehr begrüße und wünsche sich eine möglichst einstimmige Zustimmung. Er habe gestern die Sitzung des Kreistages besucht und sich in der Bürgerfragestunde nach der dortigen aktuellen Meinung zum MEL Kennzeichen erkundigt. Daraufhin habe er jedoch nur die Antwort des Landrates bekommen, dass noch Gespräche diebzgl. zu führen seien. Er bedankt sich bei den Mitgliedern des Rates der Stadt Melle, dass es nach der vorausgegangenen kontroversen Diskussion nun zu einer voraussichtlich fast einmütigen Zustimmung komme.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 29.03.2017

Das Protokoll wird ohne Einwendungen einstimmig genehmigt.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Herr Reehuis teilt mit, dass in der letzten Sitzung des Ausschusses für Kultur, Tourismus und Stadtmarketing am 15.05.2017 das Tourismuskonzept vorgestellt worden sei. Im Vorfeld sei jedoch bereits eine Einladung zu einem Frühschoppen der CDU-Fraktion versandt worden. Dort habe der Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Tourismus und Stadtmarketing über das Tourismuskonzept anhand einer PowerPoint Präsentation informiert. Er gehe davon aus, dass es sich um die gleiche Präsentation wie in der Fachausschusssitzung gehandelt habe, diese sei jedoch nicht allen Ratsmitgliedern zugegangen. Er unterstreicht, dass es nicht akzeptabel sei, dass nur einer Fraktion Unterlagen zur Verfügung gestellt würden und damit dann Wahlkampf betrieben werden könne. Zudem sei in dieser Woche noch ein Workshop zum Thema "Tourismuskonzept" geplant. Auch hier würden durch spätere Informationen Nachteile entstehen.

<u>Bürgermeister</u> unterstreicht, dass es richtig sei, dass die angesprochene Präsentation in der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Tourismus und Stadtmarketing der Öffentlichkeit

vorgestellt worden sei. Das angesprochene Ratsmitglied habe sich anschließend erkundigt, ob die Unterlagen für den seit langer Zeit geplanten Frühschoppen zur Unterstützung verwandt werden dürfen. Er betont, dass alle Ratsmitglieder die Präsentation als Anlage zum Protokoll erhielten und es daher keine Bevorzugung einer Fraktion gebe. In diesem Zusammenhang lädt <u>Bürgermeister</u> nochmals alle herzlich zum Workshop "Tourismuskonzept" am 22.06.2017 ein.

Herr Hunting bemerkt, dass das von Herrn Reehuis angesprochene Vorgehen auch bei seiner Fraktion Irritationen hervorgerufen habe. Ein Tourismuskonzept habe eine große Bedeutung und sei ein sensibles Thema. Eine Umsetzung sei nur mit einer breiten Mehrheit hinzubekommen. Eine parteipolitische Vereinnahmung sei hierbei kontraproduktiv. Herr Reehuis geht davon aus, dass sich diese Vorgehensweise nicht nochmal wiederhole. Er halte es für selbstverständlich, dass Informationen allen Fraktionen gleichzeitig zur Verfügung gestellt würden.

Herr Kruse teilt mit, dass er an dem angesprochenen Frühschoppen teilgenommen habe und halte die Vorstellung des Konzeptes für sinnvoll. Er unterstreicht, dass man sich derzeit nicht im kommunalen Wahlkampf befinde und weder Frau Hövel noch Herr Dr. Berghegger dort anwesend waren.

TOP 6 Zielsystem und Haushaltseckwerte für das Haushaltsjahr 2018 Vorlage: 2017/0131

Herr Kruse erläutert die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation (s. Anlage).

Herr Hunting unterstreicht, dass man durch die Verabschiedung der Steuerungspyramide einen großen Schritt weitergekommen sei, um die politische Einflussnahme in die Aufstellung der Haushalte zu verstärken. Er danke allen Beteiligten für das Gelingen und die Einführung dieses Steuerungskreislaufes. In der Vergangenheit sei der politische Wille aus den Fraktionen, Ausschüssen und Ortsräten relativ unkoordiniert durch die Verwaltung aufgenommen und dann in den Verwaltungsentwurf eingearbeitet worden. Heute verabschiede man jedoch vor Aufstellung des Haushaltsplanes die Haushaltseckwerte. Man habe bereits im Vorfeld die Ziele dargestellt und die notwendigen Maßnahmen priorisiert. Nun müsse die Verwaltung die entsprechenden Finanzmittel den entsprechenden Maßnahmen zuordnen. Herr Hunting teilt mit, dass die Haushaltssituation nach wie vor von einer außerordentlichen positiven Einnahmesituation geprägt sei. Die Jahre der guten Situation habe man auch genutzt, um die Stadt Melle durch viele Maßnahmen weiter nach vorne zu bringen. Deutlich müsse man unterstreichen, dass es zudem notwendig gewesen sei, Defizite aus der Vergangenheit abzuarbeiten. Es gebe jedoch immer noch Sanierungsstaus und einen großen Bedarf bei den Feuerwehrhäusern und den städtischen Turnhallen. Aufgrund der veränderten Situation im Kita-Bereich, dürfen auch die Investitionen bei den städtischen Kitas nicht vergessen werden. Hierzu sei derzeit eine Untersuchung in Auftrag geben worden. Das Thema sei von besonderer Bedeutung. Außerdem müsse man sich, aufgrund der beengten Raumverhältnisse, mit der Frage nach einem neuen Verwaltungsgebäude beschäftigen. Er unterstreicht, dass die Stadt Melle gut und solide aufgestellt sei und seine Fraktion durch mutige Entscheidungen dazu einen großen Beitrag geleistet habe. Herr Hunting betont, dass in diesem Jahr die Einbringung des Haushaltes erstmals auf Basis der Haushalteckwerte erfolge und die Haushaltsberatungen relativ unkompliziert seien. Alles Weitere werde man dann durch die Steuerungsberichte des Kontrollsystems zur Kenntnis nehmen.

<u>Frau Tiemann</u> teilt mit, dass sich alle Ratsmitglieder intensiv mit den Haushaltseckwerten und dem Steuerungssystem auseinander gesetzt hätten. Dieses sei erstmalig in einer Klausurtagung geschehen und es sei eine sehr gute informative Veranstaltung gewesen. Sie weist daraufhin, dass es auch weiterhin in der mittelfristigen Finanzplanung hohe Investitionen gebe und man die Verschuldung nicht weiter zurückführen könne. Im Moment

gebe es auf Basis 2018 eine Verschuldung von 54,0 Mio. € und bei den bislang geplanten Investitionen sei der Betrag bis 2020 auf 48,0 € zurückzuführen. Dieses bedeute natürlich, dass zusätzliche neue Investitionen die Verschuldung weiter steigen lassen.

Herr Spiekermann betont, dass er der Beschlussvorlage zustimme. Durch die gute solidarische Veranstaltung habe man gemeinsam diese Ergebnisse erzielt. Man hätte sich allerdings gewünscht, dass der Begriff "Barrierefreiheit" im Bereich der Aufgaben der Infrastruktur und Mobilität mit aufgenommen worden wäre. Dieses habe leider keine Mehrheit gefunden. Auch Menschen mit Handicap hätten einen Anspruch auf einen barrierefreien Zugang zu öffentlichen Einrichtungen, Veranstaltungen, sozialen Medien und das Internet. Menschen mit Handicap brauchten eine eigene Stimme wie z. B. durch Gründung eines Beirates oder/und eine Stimme im Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie, Senioren und Integration.

Herr Reehuis bemerkt, dass es sehr sinnvoll gewesen sei, in einer Klausurtagung die Haushaltseckwerte festzulegen. Für die Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung danke er allen Organisatorinnen und Organisatoren. Er weist darauf hin, dass "Mobilität" bedeute, dass es gerade im ländlichen Bereich wichtig sei, dass die umliegenden Orte und Ortschaften gut zu erreichen seien. Dieses Thema müsse die Stadt Melle in den nächsten Jahren weiter ausbauen und voranbringen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Das Zielsystem der Stadt Melle mit den definierten Handlungsschwerpunkten wird auf der Basis der Anlage 1 aktualisiert und zur Grundlage für die Haushaltsplanung 2018 sowie der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bis 2021 gemacht.

Der Haushaltsentwurf 2018 wird auf Basis der Eckwerte gemäß Anlage 2 entwickelt und aufgestellt.

TOP 7 Annahme von Zuwendungen Vorlage: 2017/0139

Herr Kruse erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig bei einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt genehmigt die Annahme und Vermittlung von Zuwendungen i.S.v. § 111 Abs. 7 NKomVG gemäß der Anlage 1 für die Stadt Melle.

TOP 8 Bildung eines neuen Ausschusses für Gebäudemanagement Vorlage: 2017/0168

Vorsitzender erläutert die Beschlussvorlage.

<u>Herr Hunting</u> stellt ergänzend fest, dass Herr Walkenhorst als erster Stellvertreter aller ordentlichen Mitglieder seiner Fraktion im Ausschuss für Gebäudemanagement benannt werden solle.

<u>Vorsitzender</u> erklärt, dass dieses mit aufgenommen werden könne, jedoch ohne jede Bindungswirkung für die Fraktionen sei, da sich alle Fraktionsmitglieder gegenseitig vertreten können.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

- a) Neben den bestehenden Ausschüssen wird ein zusätzlicher Ausschuss für Gebäudemanagement gebildet. Die Zahl der Ausschüsse erhöht sich auf neun Ausschüsse.
- b) Der Fachbereich "Gebäudemanagement" wird aus der Beratungszuständigkeit des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Gebäudemanagement herausgelöst und der Zuständigkeit des neu gebildeten Ausschusses für Gebäudemanagement zugeordnet. Die Bezeichnungen und Zuständigkeiten der übrigen Ausschüsse ändern sich nicht. Die Beratungszuständigkeiten des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft und des Ausschusses für Gebäudemanagement werden entsprechend der Anlage 2 festgelegt. c) Die Zahl der Ratsmitglieder in den Ausschüssen beträgt weiterhin elf. Die Besetzung der bisherigen Ausschüsse ändert sich nicht.

Für den Ausschuss für Gebäudemanagement werden folgende Ratsmitglieder durch die Fraktionen und Gruppen nach §71 Abs. 2 und 3 NKomVG nach Hare-Niemeyer benannt: Christina Tiemann, Bernd Gieshoidt, Johannes Marahrens, Thomas Schulke, Christian Terbeck, Axel Uffmann, Annegret Mielke, Wilhelm Hunting, Reinhardt Wüstehube, Ursula Buermeyer, Peter Spiekermann.

- d) Die Bildung und Besetzung des Ausschusses für Gebäudemanagement wird nach § 71 Abs. 5 NKomVG festgestellt.
- e) Folgende personelle Änderungen im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft und im Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Verkehr werden nach § 71 Abs. 5 NKomVG festgestellt.
 - Die bisher vom Ratsmitglied Herrn Christian Terbeck wahrgenommene Ausschussmitgliedschaft im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft geht an Herrn Mirco Bredenförder über.
 - Die Vertretung für Herrn Micro Bredenförder übernimmt Herr Christian Terbeck.
 - Die bisher vom Ratsmitglied Herrn Reinhardt Wüstehube wahrgenommene Ausschussmitgliedschaft im Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Verkehr geht an Frau Silke Meier über.

TOP 9 Festlegung der Ausschussvorsitze Vorlage: 2017/0170

<u>Vorsitzender</u> erläutert die Beschlussvorlage. Er ergänzt, dass die Fraktionsvorsitzenden gemeinsam den Wunsch geäußert hätten, dass alle Ausschussvorsitze bzw. stellvertretenden Ausschussvorsitze wie bisher bestehen bleiben sollen. Alle Fraktionsvorsitzenden stimmen dieser Regelung zu.

Anschließend teilt <u>Vorsitzender</u> mit, dass alle Fraktionsvorsitzenden entschieden haben, dass im neuen Ausschuss für Gebäudemanagement Frau Tiemann als Ausschussvorsitzende und Herr Uffmann als Vertreter benannt werden.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Besetzung der Ausschussvorsitze erfolgt nach dem Höchstzahlverfahren gemäß §71 Abs. 7 NKomVG (d`Hondt).

- a) Bestimmung der Ausschussvorsitze durch die Fraktionen und Gruppen in der Reihenfolge der Höchstzahlen
- b) Bestimmung der Stellvertreter der Ausschussvorsitze durch die Fraktionen und Gruppen

Die Bestellung der Vorsitzenden (Christina Tiemann) und Stellvertreter (Axel Uffmann) wird nach §71 Abs. 5 NKomVG festgestellt.

TOP 10 Benennung von Mitgliedern für den Unterhaltungsverband

Nr. 29 "Else"

Vorlage: 2017/0099

Vorsitzender erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Herr Hermann Josef Bolte und Herr Johannes Marahrens werden als Mitglieder des Ausschusses des Unterhaltungsverbandes Nr. 29 "Else" abberufen. Als neue Mitglieder des UHV werden folgende Personen benannt.

- a) Ortsrat Gesmold
 - Vertreter 1 Matthias Bolte, Zum Heidum 2, 49326 Melle
- b) Ortsrat Melle-Mitte

Stellvertreter 3 Martin Heilmann, Nordenfelder Weg 55, 49324 Melle

TOP 11 Auflösung des Wasser- und Bodenverbandes "Hasebruch" -

Übernahme der Unterhaltungspflicht der Gewässer III.

Ordnung

Vorlage: 2017/0060

Herr Trenkler erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Wasser- und Bodenverband "Hasebruch" beschließt seine Auflösung. In diesem Verfahren stimmt die Stadt Melle zu, die Unterhaltungspflicht für die Gewässer III. Ordnung des aufgelösten Verbandes zu übernehmen.

TOP 12 Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr

Bruchmühlen

Vorlage: 2017/0087

Herr Walkenhorst erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Auf Vorschlag der Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr Bruchmühlen am 14.01.2017 wird

Herr Thomas Aufdemkampe

unter Berufung in das Beamtenverhältnis als gemeindlicher Ehrenbeamter ab 01.11.2017 bis zum 31.10.2023

zum Ortsbrandmeister

der Ortsfeuerwehr Bruchmühlen ernannt.

TOP 13 Ernennung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der

Ortsfeuerwehr Bruchmühlen Vorlage: 2017/0088

Herr Walkenhorst erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Auf Vorschlag der Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr Bruchmühlen am 14.01.2017 wird

Herr Herbert Landwehr

unter Berufung in das Beamtenverhältnis als gemeindlicher Ehrenbeamter ab 01.11.2017 bis zum 31.10.2023

zum stellvertretenden Ortsbrandmeister

der Ortsfeuerwehr Bruchmühlen ernannt.

TOP 14 Entpflichtung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der

Ortsfeuerwehr Buer Vorlage: 2017/0089

Herr Walkenhorst erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Auf persönlichen Wunsch wird

Herr Werner Hermsmeyer

mit Ablauf des 30.06.2017 aus dem Beamtenverhältnis als gemeindlicher Ehrenbeamter als stellvertretender Ortsbrandmeister

der Ortsfeuerwehr Buer entlassen.

TOP 15 Ernennung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der

Ortsfeuerwehr Buer Vorlage: 2017/0090

Herr Walkenhorst erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Auf Vorschlag der Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr Buer am 27.01.2017 wird **Herr Tobias Rauer**

unter Berufung in das Beamtenverhältnis als gemeindlicher Ehrenbeamter ab 01.07.2017 bis zum 30.06.2023

zum stellvertretenden Ortsbrandmeister

der Ortsfeuerwehr Buer ernannt.

TOP 16 Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr St.

Annen

Vorlage: 2017/0091

Herr Walkenhorst erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Auf Vorschlag der Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr St. Annen wird

Herr Frank Finkemeier

unter Berufung in das Beamtenverhältnis als gemeindlicher Ehrenbeamter ab 01.08.2017 bis zum 31.07.2023

zum Ortsbrandmeister

der Ortsfeuerwehr St. Annen ernannt.

TOP 17 Verleihung einer Ehrenbezeichnung Vorlage: 2017/0092

Herr Walkenhorst erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschlussvorschlag

Auf Vorschlag der Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr Oldendorf wird Herrn Rainer Schlendermann mit Wirkung vom 12.08.2017 die Ehrenbezeichnung "Ehrenortsbrandmeister" verliehen.

TOP 18 Verleihung einer Ehrenbezeichnung Vorlage: 2017/0161

Bürgermeister erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst mit 32 Ja-Stimmen, vier Nein-Stimmen und drei Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Herrn Volker Theo Eggeling, Ottenheider Weg 5, 49326 Melle wird der Titel "Ehrenortsbürgermeister" des Stadtteiles Neuenkirchen verliehen.

TOP 19 Antrag zur Wiedereinführung des historischen MEL Kfz-

Kennzeichens von der CDU/FDP Gruppe und der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Melle

Vorlage: 2017/0172

Beginnend benennt <u>Bürgermeister</u> die Argumente der Kreisverwaltung, welche für eine Beibehaltung des jetzigen Systems sprechen:

1. Die Marke "Osnabrücker Land" könne durch die 416.000 Fahrzeuge weiter gestärkt werden.

- 2. Es gebe eine vertragliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Osnabrück und der Stadt Melle aus dem Jahr 2002. Damals sei der Stadt Melle die Aufgabe der Kfz-Zulassung übergeben und festgelegt worden, dass das Kennzeichen OS auch weiterhin bestehen bleibe
- 3. Der Landkreis Osnabrück weise darauf hin, dass es insgesamt an elf Standorten im Landkreis Kfz-Zulassungsstellen gebe.
- 4. Jährlich würden ca. 100.000 Fälle schnell und rechtssicher abgewickelt werden und Sonderfälle könnten zu Mehraufwand und -kosten führen. <u>Bürgermeister</u> unterstreicht, dass der Landkreis durch die Einrichtung der vielen Kfz-Zulassungsstellen sehr bürgerfreundlich gehandelt habe und er dieses begrüße. Zu der angesprochenen vertraglichen Vereinbarung müsse man feststellen, dass im Jahr 2002 niemand an eine mögliche bundesgesetzliche Änderung gedacht habe. Abschließend informiert <u>Bürgermeister</u>, dass das Meller Kreisblatt heute Nachmittag ein Umfrageergebnis zu diesem Thema veröffentlicht habe. Dabei hätten sich 800 Leser beteiligt, wovon 77,3% sich für die Wahlmöglichkeit des Kfz-Kennzeichens ausgesprochen hätten.

Beginnend informiert Herr Hunting bzgl. des Beitrages in der Einwohnerfragestunde, dass der Landrat in der Kreistagssitzung noch keine konkrete Aussage bzgl. der Wahlmöglichkeit des Kfz-Kennzeichens habe geben können, da dort bisher kein Antrag vorliege und er zudem an das Votum des Kreistages gebunden sei. Herr Hunting teilt im Anschluss mit, dass der Ansatz der CDU/FDP Gruppe und seiner Fraktion nur gewesen sei, vorliegenden Antrag auf Wiedereinführung des MEL Kennzeichens zu stellen. Bereits vor fünf Jahren sei dieser Wunsch in der Bevölkerung geäußert worden. Damals habe es eine Abstimmung auf Landkreisebene gegeben und man habe sich dagegen entschieden. Inzwischen hätten sich jedoch von den zur Verfügung stehenden 370 Altkennzeichen 270 bis Ende 2015 dafür ausgesprochen, das alte Kennzeichen wieder einzuführen. Es gebe zudem eine wissenschaftliche Erhebung, in der sich 70% der Befragten für die Einführung eines historischen Altkennzeichens aussprechen. Er unterstreicht, dass Kfz-Kennzeichen die regionale Identifizierung eines Fahrzeuges ermöglichen sollen. Kosten fielen lediglich durch eine Softwareumstellung und die Schulungskosten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Herr Hunting informiert, dass zudem ein Grund für die Wiedereinführung des MEL Kennzeichens sei, dass man mittlerweile auch bei einem Umzug sein Kennzeichen behalten könne. Am Beispiel des Kreises Steinfurt erkenne man, dass es eine große Akzeptanz der alten historischen Kennzeichen gebe. Es sei wichtig den Bürgerwillen ernst zu nehmen und er freue sich, dass es zu einem gemeinsamen Antrag der CDU/FDP Gruppe und seiner Fraktion gekommen sei. Obwohl sich der Landkreis sehr für die Marke "OS" einsetze, gehe er davon aus, dass der vorliegende Antrag mit der politischen Unterstützung der Stadt Melle und der Meller Kreistagsabgeordneten eine Zustimmung im Kreistag erfahre. Herr Kruse unterstreicht, dass das Meinungsbild der Öffentlichkeit sehr eindeutig sei. Mit einer heutigen positiven Ratsentscheidung sei der Landkreis Osnabrück nun aufgefordert, die Wahlmöglichkeit des Kfz-Kennzeichens zuzulassen. Dazu müssten im Vorfeld der Aufwand und die Kosten ermittelt werden. Auch andere Kreise im Bundesgebiet hätten Altkennzeichen wieder eingeführt und es habe dort keine großen Schwierigkeiten gegeben. Durch einen möglichst einstimmigen Ratsbeschluss könne Bürgermeister gestärkt in die Gespräche mit dem Landkreis gehen. Ziel sei eine Wahlmöglichkeit in allen Zulassungsstellen der Stadt und des Landkreises Osnabrück und der Erhalt der örtlichen Zulassungsstelle. Als Begründung habe man in dem gemeinsamen Antrag der CDU/FDP Gruppe und SPD Stadtratsfraktion aufgeführt, dass es aufgrund rechtlicher und organisatorischer Rahmenbedingungen möglich sein müsse, den Bürgerinnen und Bürgern die Wahlfreiheit des Kfz-Kennzeichens zu ermöglichen. Abschließend unterstreicht Herr Kruse, dass die CDU/FDP Gruppe den Wunsch der Bevölkerung unterstütze, jedoch die Kosten nicht außer Acht gelassen werden dürfen.

<u>Herr Reehuis</u> gibt zu bedenken, dass es sinnvoll sei, mit allen Beteiligten vorab Gespräche zu führen, wenn ein einstimmiger Ratsbeschluss gewünscht werde.

Er stellt fest, dass die Bündnis 90/Die Grünen / die Linke Gruppe dem vorliegenden Antrag inhaltlich zustimmen könne. Jedoch habe man eine Ergänzung: Bzgl. der Kosten solle kein

Blankoscheck ausgestellt werden. Es seien nie Kosten ermittelt worden. Nach der Kommunalverfassung müsse bei jedem Beschluss auch die Kostensituation mit dargestellt werden. Daher habe die Bündnis 90/Die Grünen / Die Linke Gruppe folgenden Zusatz zum vorliegenden Antrag: "Vor der Wiedereinführung des historischen Wahlkennzeichens MEL, sind die finanziellen Rahmenbedingungen zu klären. Evtl. durch die Wiedereinführung des MEL Kennzeichens entstehende Mehrkosten dürfen nicht zu Lasten der Allgemeinheit gehen." Ergänzend teilt er mit, dass der Zusatz nicht benötigt werde, wenn die Verwaltung darlegen könne, dass keine Kosten entstehen. Wichtig sei, die Kostensituation im Vorfeld abzuklären. Herr Reehuis betont abschließend, dass man dem Antrag mit diesem Zusatz zustimme.

<u>Herr Spiekermann</u> teilt mit, dass er einen Antrag auf "Nichtbefassung" stelle, da der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen / Die Linke Gruppe nicht zum Thema gestellt worden sei. Es gehe momentan um die Beantragung beim Landkreis und nicht um die Einführung des Wahlkennzeichens.

<u>Frau Hövel</u> erkundigt sich bzgl. des Antrages der Bündnis 90/Die Grünen / Die Linke Gruppe, ob dem ursprünglichen Antrag der CDU/FDP Gruppe und SPD Stadtratsfraktion nicht zugestimmt werde, wenn eine bestimmte Summe überschritten werde und somit den Bürgerinnen und Bürgern die Wahlmöglichkeit dann nicht ermöglicht werde. Aufgrund der vorherigen Ausführungen sei klar, dass die Kosten sich im Rahmen hielten. <u>Herr Reehuis</u> betont, dass man generell für die Einführung des MEL Kennzeichens sei. Bei immens hohen Kosten sei man jedoch dagegen, da dieses den Bürgerinnen und Bürgern nicht zugemutet werden könne. Es gebe zwar keine bestimmt Grenze, aber derzeit lägen überhaupt keine Zahlen vor. So würde ein Beschluss gefasst werden, ohne die finanziellen Auswirkungen zu kennen.

<u>Frau Mielke</u> stellt fest, dass der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen / Die Linke Gruppe ihrer Fraktion in schriftlicher Form nicht vorliege. Ihrer Meinung nach gehe es bei dem Antrag um eine Verzögerungstaktik. Die Bürgerinnen und Bürger hätten das Recht auf Wahlmöglichkeit ihres Kfz-Kennzeichens, und diesem Wunsch müsse nachgekommen werden. Sie weist darauf hin, dass mit dem heutigen Ratsbeschluss der Antrag nur an den Landkreis weitergeben werde, eine Entscheidung sei dann noch lange nicht getroffen. Sie bittet darum, dass es hierbei zu keiner Verzögerung komme. Im Herbst könne man dann sehen, wie der Landkreis verfahren habe und es sei noch Zeit, die ermittelten Kosten einfließen zu lassen. Sollten die Kosten dann Höhen erreicht haben, die nicht zu verantworten seien, seien Lösungen zu finden.

<u>Vorsitzender</u> informiert bzgl. des Antrages auf "Nichtbefassung", dass man dadurch das Antragsrecht der Ratsmitglieder unterlaufen würde. Laut Geschäftsordnung könne ein Tagesordnungspunkt höchstens auf eine folgende Sitzung vertagt werden.

Herr Weßler unterstützt die Aussagen von Frau Mielke. Momentan solle nur ein Antrag beim Landkreis gestellt werden. Nach einer Entscheidung dort könne man sich bzgl. der Kosten zusammensetzen und es werde dazu sicherlich eine Beschlussvorlage vorgelegt werden. Frau Meier erklärt beginnend, dass ein Antrag zu einem bestehenden Tagesordnungspunkt jederzeit gestellt werden könne. Sie unterstreicht, dass die Bündnis 90/Die Grünen / Die Linke Gruppe nicht gegen eine Einführung des MEL Kennzeichens und einer Wahlfreiheit sei. Der Antrag sei gestellt worden, um im Vorfeld alle Rahmenbedingungen bzgl. der Kosten, des Personals usw. zu klären.

<u>Herr Terbeck</u> gibt zu bedenken, dass es bei der möglichen Einführung des MEL Kennzeichens einen positiven Effekt bei den Ummeldungen gebe. Dieser Gelder blieben dann direkt bei der Stadt Melle.

Herr Reehuis fast zusammen, dass die Mitglieder des Rates der Stadt Melle für die Einführung des MEL Kennzeichens seien. Strittig sei nur die Kostenfrage. Wenn heute ein Beschluss über den Antrag der CDU/FDP Gruppe und SPD Stadtratsfraktion gefasst würde und dieser bedeute, dass es sich nur um eine Absichtserklärung handele, dass Verhandlungen geführt würden und eine endgültige Entscheidung später zu treffen sei, könne er den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen / Die Linke Gruppe zurückziehen.

<u>Bürgermeister</u> informiert, dass natürlich später noch auf die Kosten geschaut werde und eine endgültige Entscheidung getroffen werden könne.

<u>Herr Boßmann</u> betont, dass es wichtig sei, ein Signal an die Bürgerinnen und Bürger zu senden, dass ihr Anliegen ernst genommen werde und es eine rechtliche und organisatorische Möglichkeit gebe. Der erste Schritt dafür sei, den entsprechenden Antrag an den Landkreis zu geben.

<u>Herr Kruse</u> unterstreicht, dass man sich nach der Entscheidung des Landkreises haushaltsrechtlich mit dem Thema befassen müsse.

<u>Herr Reehuis</u> teilt mit, dass man aufgrund der nun klar gewordenen Details den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen / Die Linke Gruppe zurückziehe und dem Antrag der CDU/FDP Gruppe und der SPD zustimme.

Der Rat der Stadt Melle beschließt einstimmig folgenden Antrag:

Auf Antrag der CDU/FDP Gruppe und der SPD Stadtratsfraktion möge der Rat der Stadt Melle in der Sitzung am 20. Juni 2017 beschließen, beim Landkreis Osnabrück die Wahlmöglichkeit zwischen dem Kfz-Kennzeichen OS und MEL zu beantragen.

TOP 20 Schüler in die Kommunalpolitik Vorlage: 2017/0121

Herr Grube erläutert die Beschlussvorlage.

<u>Frau Dettmann</u> unterstreicht, dass die Erarbeitung des Konzeptes mit viel Engagement des Jugendparlamentes, jedoch nicht ohne Schwierigkeiten erfolgt sei. Für die Ratsmitglieder sei es eine neue Erfahrung, wenn Schülerinnen und Schüler sie zu Sitzungen begleiten werden. Daraus könne jeder lernen und Politik würde so für die jungen Menschen interessanter werden.

<u>Herr Boßmann</u> teilt mit, dass der erste Antrag zu diesem Thema bereits am 08.01.2015 gestellt worden sei und er finde es sehr lobenswert, wenn junge Menschen interessiert sind und Kommunalpolitik erleben wollen.

<u>Frau Buermeyer</u> betont, dass ihre Fraktion das Konzept "Schüler in die Kommunalpolitik" begrüße und wünscht allen Beteiligten einen guten Start und viel Erfolg.

<u>Herr Linnemann-Grundmann</u> teilt mit, dass er das Konzept ebenfalls befürworte. Er wünsche sich, dass die Schüler bevor sie parteipolitisch vereinnahmt würden humanistische Werte vermittelt bekämen. Dieses sei gerade im Hinblick auf die aktuellen Situationen der Weltpolitik wichtig.

<u>Frau Thöle-Ehlhardt</u> findet es ebenfalls begrüßenswert, dass junge Leute mit einbezogen und beteiligt würden, die Gesellschaft zu gestalten. Ausgegangen sei die Idee von der ersten Jugendkonferenz. Es sei dann das Jugendparlament entstanden und die zweite Jugendkonferenz vor kurzem sei ebenfalls sehr erfolgreich gewesen. Auch in Zeiten des Wahlkampfes sei es wichtig, junge Leute zu motivieren, sich unabhängig von Parteipolitik in der Gesellschaft zu engagieren.

<u>Frau Wendelin-Feindt</u> spricht den Lehrern für die Unterstützung des Projektes ihren Dank aus. Es sei ein guter Weg, Jugendlichen einen Einblick in die Kommunalpolitik zu verschaffen. Alle seien aufgefordert, diesen Weg zu begleiten. Man müsse sich darüber im Klaren sein, dass dieses auch Arbeit bedeute. So seien auch noch Details auszuarbeiten. Ihrer Meinung nach sei die Idee für die Initiative von der Jungen Union ausgegangen. <u>Herr Weinert</u> unterstreicht, dass so auch zusätzliche Arbeit zum Politikunterreicht in der Schule geleistet werde. Das Interesse der Jugendlichen sei definitiv vorhanden. Er ist der Meinung, dass Parteipolitik zur Ratsarbeit dazugehöre und auch eine wichtige Erfahrung sei.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Das vom Jugendparlament erarbeitete Konzept "Schüler in die Kommunalpolitik" wird in der Stadt Melle eingeführt. Die Umsetzung erfolgt erstmalig zum Schuljahr 2017/2018.

<u>Vorsitzender</u> teilt mit, dass er sich hierbei eine Unterstützung des Meller Kreisblattes bzgl. der Kommunikation vorstellen und wünschen würde.

TOP 21 Feststellung des Jahresabschlusses 2016 für das Wasserwerk der Stadt Melle Vorlage: 2017/0111

Herr Lütkemeyer erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Jahresabschluss 2016 für das Wasserwerk der Stadt Melle wird wie folgt festgestellt:

<u>Jahresbilanz</u>

Aktivseite 10.581.034,83 € Passivseite 10.581.034,83 €

Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung

schließt mit einem Überschuss von 226.619,04 € ab.

Der Jahresüberschuss 2016 ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Dem Betriebsleiter wird für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung erteilt.

Der Jahresabschluss ist entsprechend der Vorschriften der EigenbetriebsVO bekannt zu machen.

Der Jahresüberschuss 2011 in Höhe von 384.359,91 € wird aus dem Gewinnvortrag in die allgemeine Rücklage des Wasserwerks umgebucht.

TOP 22 Wünsche und Anregungen

- Vorsitzender informiert, dass Herr Stadtbaurat Malte Schönfeld heute das letzte Mal in seiner Funktion als Stadtbaurat an einer Sitzung des Rates der Stadt Melle teilnehme. Nach 16 Jahren Tätigkeit für die Stadt Melle werde er nun in die Pension verabschiedet. Im Namen des ganzen Rates der Stadt Melle danke er ihm für diese Zeit und für die Weiterentwicklung der Stadt Melle als "Baumeister". Im Jahr 2001 habe Herr Schönfeld das Amt des Stadtbaurates mit großer fachlicher Kompetenz übernommen. Mit seinem Engagement habe Herr Schönfeld seit 2001 viele Spuren hinterlassen, die heute in vielen Bereichen die Stadt Melle prägen. Er sei dabei auch bereit gewesen, Konflikte einzugehen. Sein Anspruch sei immer gewesen, dass Optimum für die Stadt Melle und die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. In den letzten 16 Jahren seien viele neue Wohn-, Gewerbe- und Industriegebiete entstanden. Die Innenstadtentwicklung und die Dorferneuerung seien voran gebracht und viele wichtige Programme durchgeführt worden. Bei seiner Tätigkeit innerhalb der Verwaltung zeichne Herrn Schönfeld Menschlichkeit aus. Er habe stets hinter seinen Mitarbeitern gestanden. Abschließend wünscht Vorsitzender Herrn Schönfeld alles Gute für die Zukunft, Gesundheit, und dass er seine Zeit während des Ruhestandes genießen könne. Herr Schönfeld dankt Vorsitzendem für die Worte und allen Ratsmitgliedern für die faire und sachorientierte Zusammenarbeit in den letzten 16 Jahren. Er sehe mit Freunde der Zeit in

seinem neuen Lebensabschnitt entgegen. <u>Herr Schönfeld</u> wünscht allen für die Zukunft alles Gute und insbesondere seinem Nachfolger viele gute und kluge Entscheidungen.

- <u>Herr Linnemann-Grundmann</u> erinnert, dass heute der Weltflüchtlingstag begangen werde. Er wünsche sich, dass für die Menschen, die weltweit Opfer von Flucht und Vertreibung geworden seien, eine Gedenkminute eingelegt werde. Es sei wichtig, in die Gedanken die verschiedenen Ursachen für die Flucht einfließen zu lassen.

<u>Vorsitzender</u> teilt mir, dass man vom Grundsatz her eine Gedenkminute anlässlich des Weltflüchtlingstages einlegen könne.

Alle Ratsmitglieder sind einverstanden und alle Anwesenden erheben sich zu einer Gedenkminute anlässlich des Weltflüchtlingstages.

Anschließend gibt <u>Vorsitzender</u> zu bedenken, dass es viele Gründe gebe, für die es sich lohne, eine Gedenkminute einzulegen. Er bittet darum, solche Anliegen zukünftig vor der Ratssitzung abzustimmen.

- <u>Frau Thöle-Ehlhardt</u> teilt zum Thema "Mitwirkungsverbot" mit, dass jedem bewusst sei, dass Personen, welche in Ämtern und Vorständen von Vereinen tätig seien, an Punkten, die ihre Vereine betreffen, nicht beteiligt seien. Dieses habe sie in der Vergangenheit auch so bzgl. des "Netzwerk Jugendhaus Buer e. V." gehandhabt. Neu sei für sie gewesen, dass man auch an Vorgesprächen und Arbeitskreisen, die zur Entscheidungsfindung dienen, nicht teilnehmen dürfe. Allerdings wundere sie sich darüber, dass im Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie, Senioren und Integration ein Ausschussmitglied, welches in einem Verein tätig sei, mitgewirkt habe. Sie halte es für sinnvoll, dass man mit diesem Thema transparent umgehe und nochmal alle Ratsmitglieder darauf hinweist. Es stelle sich zudem die Frage, in welcher Form dieses Anwendung bei den Ortsräten fände. Außerdem teilt <u>Frau Thöle-Ehlhardt</u> zum Thema "Jugendkonferenz" mit, dass sie dort als Fachfrau zur Betreuung von Arbeitskreisen eingeladen gewesen sei. Dabei sei ihr der Gedanke gekommen, dass man evtl. politische Einflussnahme unterstellen könne. Aufgefallen sei ihr dort zudem, dass zwei Mitglieder der Jungen Union dort Stände betreut hätten. Auch dieses müsse öffentlich geklärt werden und die Verwaltung eine klare Linie vorgeben.

Frau Wendelin-Feindt erklärt, dass sie Mitglied des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie, Senioren und Integration sei und im Vorstand des ruhenden Vereines "Jugendpower 2000" in Wellingholzhausen sei. Erst in der Sitzung, in der erklärt worden sei, dass der Verein ruhe, sei sie beigetreten und in den Vorstand gewählt worden. Ebenso sei bekannt, dass der Ortsbürgermeister einmal für den ruhenden Verein den Vorsitz übernommen habe. Es sei jedoch geklärt, dass weder sie noch der Ortsbürgermeister zur Verfügung ständen, wenn der Verein seine Tätigkeit wieder aufnehme. Dieses sei so schriftlich festgehalten worden. Sie unterstreicht, dass sie ansonsten in keinem Verein im Vorstand sei.

Herr Dreier informiert, dass der vorgetragene Sachverhalt derzeit rechtlich geprüft werde. Man nehme diese Anregung jedoch gerne zum Anlass, zum Thema "Mitwirkungsverbot" eine Empfehlung für die Ratsmitglieder zu geben. Bzgl. der Teilnahme an der Jugendkonferenz sehe er keinen Widerspruch. Es gebe einen politischen Arbeitskreis "Jugendbeteiligung", deren Mitglieder auch in der Vorbereitung mitgewirkt hätten. Dieses sei wichtig für die engagierte Begleitung der Jugendkonferenz.

- <u>Frau Dettmann</u> erkundigt sich, ob ab dem 01.07.2017 an die Teilnehmer der digitalen Ratsarbeit keine Sitzungsunterlagen etc. mehr in Papierform versandt würden. <u>Herr Dreier</u> erklärt, dass in der Sitzung des Rates der Stadt Melle am 07.12.2016 die Richtlinie für die digitale Gremienarbeit beschlossen worden sei. Diese sehe vor, dass noch bis zum 30.06.2017 parallel zu den digital zur Verfügung gestellten Sitzungsunterlagen ein Papierversand erfolge. Nach der Sommerpause würden Unterlagen in Papierform dann nur noch für Personen versandt, die nicht an der digitalen Ratsarbeit teilnehmen. <u>Frau Dettmann</u> regt an, die Sitzungsunterlagen als ein komplettes Dokument, mit möglichen

Aktualisierungen, digital zur Verfügung zu stellen.

Herr Dreier teilt mit, dass umsetzbare Anregungen und Wünsche realisiert würden.

- <u>Herr Grube</u> erinnert an seine Frage in der Ratssitzung am 22.02.2017 bzgl. der Videokameras.

<u>Herr Dreier</u> erklärt, dass es hierzu in Kürz zu einem Entscheidungsvorschlag käme und dieser dann ggf. in den zuständigen Gremien vorgestellt werde.

<u>Herr Grube</u> merkt an, dass er aufgrund einer Verspätung an der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie, Senioren und Integration nicht habe teilnehmen können, da nach Sitzungsbeginn die Tür des Stadthauses verschlossen gewesen sei. Er betont, dass auch für Bürgerinnen und Bürger gewährleistet sein müsse, jederzeit Zutritt zu den Sitzungen zu haben. Hier müsse eine Lösung gefunden werden.

<u>Herr Dreier</u> informiert, dass es eine Klingel im Sitzungssaal für später eintreffende Personen gebe. Man werde dem Hinweis jedoch nochmal nachgehen.

<u>Frau Meier</u> ergänzt, dass sie dieses schon einmal angesprochen habe. Sie schlage vor, mit einem Hinweisschild am Haupteingang auf die Nebeneingangstür und die Klingel hinzuweisen. Im Sitzungssaal müsse dann gewährleistet sein, dass die Klingel gehört werde. Außerdem ist sie der Meinung, dass nicht alle öffentlichen Unterlagen im Bürgerinfoportal veröffentlicht seien. Hier bittet sie um Verbesserung.

(s. hierzu Anlage 2 Hinweise zum Auffinden von Dokumenten im Ratsinformationssystem).

- Herr Boßmann erkundigt sich nach dem Sachstand zur Sanierung der Brücke an der Riemsloher Straße. Diese sei seit längerer Zeit für Fahrradfahrer nicht mehr befahrbar. Frau Hövel teilt mit, dass sie bereits Kontakt mit der Landesstraßenbaubehörde aufgenommen habe. Dort habe sie die Information bekommen, dass die Maßnahme in kürzester Zeit beginne und zum Herbst abgeschlossen sein solle. Sie werde aber nochmals bzgl. eines konkreten Termins Kontakt aufnehmen.

<u>Vorsitzender</u> dankt allen Zuhörerinnen und Zuhörern für das Interesse und schließt die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Melle.

07.08.2017 gez. M. Stakowski Vorsitzender (Datum, Unterschrift) 04.08.2017 gez. R. Scholz Verw. Vorstand (Datum, Unterschrift)

gez. K. Lehnig Protokollführer/in (Datum, Unterschrift)

01.08.2017